

Ine Detaillierte Informationen über alle Fahrradtouren des ADFC www.adfc-norderstedt.de



Mit Trillerpfeifen und Transparenten machten mehr als 300 Kinder aus den Norderstedter Kitas erst vor dem und dann im Rathaus Lärm für eine gute Betreuung und Bildung.
Foto: Michael Schick

Kinder-Protest gegen Sparpläne

300 Jungen und Mädchen, Erzieherinnen und Eltern machten Lärm gegen drohende Kürzungen im Kita-Bereich

MICHAEL SCHICK

NORDERSTEDT :: „Ihr macht kräftig Lärm, Lärm für Norderstedt, Lärm für eure Zukunft“, rief Kathrin Schmieder, Vorsitzende des Kreiselternebeirats für Kindertagesstätten im Kreis Segeberg, den Kindern zu. 300 Kita-Kinder aus Norderstedt bliesen in Trillerpfeifen, schüttelten Tambourins, klopfen auf Trommeln und brachten Schwungtücher in Bewegung. Zusammen mit Eltern und Erzieherinnen protestierten sie gegen drohende Kürzungen im Kita-Bereich.

Mit im Boot ist auch die Stadt. Norderstedt hatte sich als erste Kommune in Schleswig-Holstein dem Widerstand gegen Sparpläne aus Kiel angeschlossen. Die Landesregierung überprüft zurzeit alle Ausgaben. Ziel ist, den hoch verschuldeten Landeshaushalt zu konsolidieren. „Der aktuelle Protest wird von einer derart breiten Bewegung getragen, wie wir sie noch nie hatten“, sagte Pastor Christian Stehr, der die kirchlichen Einrichtungen vertritt. Neben den Kirchen haben sich auch die Wohlfahrtsverbände, der Landeselternbeirat und weitere Städte und Gemeinden wie Kiel und Flensburg den Kürzungs-Gegnern angeschlossen.

Zur Disposition stehen unter anderem das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr, das erst vor einem Jahr eingeführt wurde. Das Land trägt dafür die Kosten. „Keine Streichung des beitragsfreien Kita-Jahres, sondern Familien entlasten“, fordert das Aktionsbündnis, das gestern nach dem Motto „es ist kurz

vor zwölf“ um 11.55 Uhr landesweit zu Protestaktionen aufgerufen hatte. Der Besuch einer Kita müsse für alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern von Anfang an möglich sein. Nur dann könne eine Kita ihrem Bildungsauftrag nachkommen und einen positiven Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung nehmen. Weiter fordert das Aktionsbündnis, dass die Zuschüsse

des Landes zu den Personalkosten erhalten bleiben. Das Land beteiligt sich mit 20 Prozent an den Ausgaben für die Erzieherinnen.

Wird der landesweit gültige Stellenschlüssel von 1,5 Erzieherinnen pro Gruppe nur um 0,1 gesenkt, habe das für Norderstedt Mehrbelastungen von mehreren 100 000 Euro pro Jahr zur Folge, haben die Elternvertreter ausge-

rechnet. Die Stadt hatte mit 1,9 schon lange eine deutlich bessere Personalquote, erst kürzlich wurde der Schlüssel auf 2,1 erhöht.

Statt zu sparen, müsse das Land mehr Geld für die Kitas ausgeben. „Zurzeit gibt Schleswig-Holstein nur rund drei Prozent des Gesamthaushalts für die Kindertageseinrichtungen aus. Damit liegen wir unter dem westdeutschen Bundesdurchschnitt“, sagt Schmieder. Obwohl die Zahl der Kita-Plätze und die Zahl der Fachkräfte gestiegen sei, habe das Land seine Förderung nicht erhöht.

Als Vertreter der Stadt beteiligten sich Joachim Murrmann, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, sowie die Stadtvertreterinnen Sybille Hahn (SPD) und Petra Müller-Schönemann (CDU) am Protest. Die Stadt hatte sich dem Aktionsbündnis angeschlossen, weil die Kürzung von Landesmitteln unmittelbare Auswirkungen auf die Betreuung hätte.

Entweder müsse die Stadt für die fehlenden Zuschüsse aus Kiel in die Bresche springen. Oder die Elterngebühren müssten angehoben, die Gruppen größer, die Zahl der Erzieherinnen verringert werden. „Jede Sparvorgabe zusätzlich zu der ohnehin schon viel zu niedrigen Landesfinanzierung hätte katastrophale Auswirkungen für die Beteiligten“, sagt Schmieder. Die Elternsprecherin hofft nun, dass der Protest Erfolg hat. Das wird sich zwischen dem 17. und 19. Mai entscheiden. An diesen Tagen wird der Landtag über Sparmaßnahmen beraten.

CDU und WHU erhöhen die Kindergartengebühren

HENSTEDT-ULZBURG :: - Was in Norderstedt und Hamburg für heftige Proteste sorgt, geht in Henstedt-Ulzburg in aller Stille und beinahe klammheimlich über die politische Bühne: Die Erhöhung der Kindergartengebühren ist beschlossene Sache. Nachdem sie zwischenzeitlich vom Tisch war, haben die Politiker von CDU und WHU jetzt hingelangt - allerdings relativ moderat. Die Eltern sollen künftig, je nach Art und Dauer der Betreuung ihrer Kinder, zwischen drei und neun Euro pro Monat mehr zahlen. Das soll zu jährlichen Mehreinnahmen von rund 28 000 Euro führen - ein Beitrag zur Konsolidierung des Gemeindehaushaltes.

Der Kinder- und Jugendausschuss hatte bereits vor Wochen einen entsprechenden Beschluss gefasst, in der ver-

gangenen Woche stimmte die Mehrheit des Finanzausschusses ebenfalls für eine Erhöhung, die im neuen Kindergartenjahr ab 1. August 2010 wirksam werden soll. Die SPD allerdings lehnt die Erhöhung der Kindergartengebühren ab. „Es ist uns wichtig, dass es allen Eltern möglich ist, ihr Kind einen Kindergarten besuchen zu lassen“, sagt Edda Lessing, bildungspolitische Sprecherin der Henstedt-Ulzheimer SPD-Fraktion. „Damit sichern wir den Kindern einen vernünftigen Weg zur Vorbereitung auf die Schule.“ Die WHU hält eine moderate Erhöhung der Gebühren nach acht Jahren für vertretbar, zumal die Gemeinde vom Rechnungsprüfungsamt des Kreises Segeberg dazu aufgefordert worden sei, sagt Fraktionsvorsitzende Karin Honerlah. (kn)

huli
gik,
no-
g“,
185
ger
fik.
len
am
anz
an-
Bil-
ten
und
un-
om

sin
che
ten
As-
ten
azu
lich
den
us-
sor
ilft
iser
ür-
ene

br-
23

sp-
u-
l-
r-
i-
r-
l

l-
Sie
oder
ter.

Watt

telefon

Of

des

telefon

na-

l-